

56-85

Das Verhältnis der Schweiz zu den Oststaaten

Referat von

Botschafter Dr. Raymond Probst
Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge

gehalten vor der neuen Helvetischen Gesellschaft,
Gruppe Biel, am 25. März 1969



- 1 -

Herr Regierungsstatthalter,
Herr Stadtpräsident,
Herr Vizepräsident der NHG,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr heute leider abwesender Präsident, Herr Direktor René Retornaz, hat mich gebeten, Ihnen ein Referat über die Beziehungen der Schweiz zu den Oststaaten zu halten. Ein vielschichtiges und heikles Thema, mit dem man, wie man es auch gestaltet, leicht auf Widerspruch stossen kann. Wenn ich mich dennoch zur Uebernahme bereit fand, so nicht zuletzt deshalb, weil ich persönlich mit der Stadt Biel, wo ich meine Jugend verbrachte, eng verbunden geblieben bin; weil Direktor Retornaz ein langjähriger bewährter Kampfgefährte in unserem gemeinsamen Bemühen ist, der gerade für die Bieler Wirtschaft so wichtigen Uhrenindustrie ihre Weltgeltung zu erhalten; weil man ganz allgemein schwierigen Problemen nicht ausweichen soll; weil es mir schliesslich ein besonderes Anliegen ist, die Bestrebungen der Neuen Helvetischen Gesellschaft nach Kräften zu unterstützen.

Das Thema, das mir aufgetragen wurde, ist - ich sagte es schon - schwierig. Belastet wird es vor allem durch den weltanschaulichen Gegensatz zwischen West und Ost, zwischen dem, was man als "freie Welt" bezeichnet, und der kommunistischen Machtpähre. In jede Erörterung hierüber mischt sich deshalb nur allzu leicht - und durchaus verständlich - ein emotionales Element.

Im Rahmen eines Referats, das eine halbe Stunde nicht überschreiten soll, damit umso reichlicher Zeit zur Diskussion verbleibt, kann ich Ihnen natürlich nur Streiflichter, kein wohlabgewogenes Gesamtbild vermitteln. Ich glaube aber, dass diese Streiflichter noch problematisch genug, im modernen Jargon würde man sagen noch provokatorisch genug sind, um eine lebhafte Auseinandersetzung zu entzünden.

* * *

- 2 -

Eine kurze Skizze der heutigen Weltsituation sei vorausgeschickt. Sie soll uns erlauben, die drängenden Fragen in einem weiteren Zusammenhang zu erkennen.

Wir wissen es alle: die Entspannung der Atmosphäre zwischen Ost und West, die freilich guten Willen auf beiden Seiten voraussetzt, ist - bei aller Grundsatztreue - wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Die dauernd und immer schneller sich verändernden Verhältnisse zwingen sowohl uns wie den Osten zu einer ständigen Neubesinnung auf die tatsächlichen Gegebenheiten. Man denke nur, um ein allerjüngstes Ereignis zu nennen, an die blutigen sowjetisch-chinesischen Zwischenfälle am Ussuri-Fluss, welche die latente Spannung zwischen den beiden kommunistischen Weltmächten krass zutage brachten. Wer hätte beispielsweise noch vor wenigen Wochen zu glauben gewagt, dass es Moskau für ratsam halten könnte, nicht nur in Tokio und anderswo, sondern gerade auch in Bonn durch seinen Botschafter gegen ein kommunistisches "Bruderland" Klage zu erheben und damit die Sympathie des ehemaligen Kriegsgegners zu suchen. Zwar möchte ich daran keine übertriebenen Schlussfolgerungen knüpfen. Dass Moskau durch das Ereignis zu einem gewissen Neuüberdenken genötigt wird, ist aber doch ersichtlich.

Wie dem auch sei, hat sich aber die geeinte Welt, die "one world" des amerikanischen Politikers Wendell Wilkie, die man als Essenz des letzten Weltkrieges erwartete, bisher als Illusion erwiesen. Die Weltordnung, die die UNO schaffen wollte, ist Stückwerk geblieben. Das beissende Wort eines französischen Kritikers an der UNO: "Le seul ordre qui existe dans cette assemblée est l'ordre alphabétique" stimmt zwar nicht. Die Weltorganisation hat manches zustande gebracht und ist heute wohl unerlässlich geworden. Tatsache aber ist, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit der "kalte Krieg" zwischen Ost und West ein bipolares internationales System schuf, in dem die meisten Mächte geringerer Bedeutung aus ideologischen oder aus Sicherheitsgründen hinter den USA oder der Sowjetunion Schutz zu finden trachteten.

- 3 -

Indessen ist es auch bei dieser Kristallisierung nicht lange geblieben. Gerade das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung hat - so paradox dies klingen mag - sukzessive die beiden Supermächte aus ganz nüchternen Erwägungen der Selbsterhaltung zu einer progressiv fortschreitenden Entspannung geführt. Diese hat es, zusammen mit andern Ursachen, ihrerseits erlaubt, innerhalb gewisser Schranken politisch zu einem gewissen Polyzentrismus zurückzukehren. Die Prager Ereignisse vom vergangenen Herbst vermochten, so aufwühlend sie auch auf die Weltöffentlichkeit wirkten, diesen Zug, wie wir heute feststellen müssen, zwar momentan zu stören, aber nicht auf die Dauer umzulenken.

Der verblässende Ost-West-Konflikt wird seinerseits von einer neuen Problematik, jener zwischen Nord und Süd, den Industriestaaten auf der einen und den jungen Entwicklungsländern auf der andern Seite, überlagert. Während die kommunistischen Staaten anfänglich, um daraus politischen Nutzen zu ziehen, eindeutig die Partei der Entwicklungsländer ergriffen, begann sich zwischen diesen selben, industriell teils stark fortgeschrittenen Oststaaten und den freien Industrienationen der Welt recht unerwartet eine gewisse Parallelität der Interessen abzuzeichnen; sie dauert - z.B. in der Sphäre der Nuklearpolitik - heute noch an.

Diese verschiedenen Entwicklungen verliefen und verlaufen natürlich nicht immer geradlinig und nicht immer gleich intensiv. Eines lassen sie aber erkennen: dass die auf zwei Pole konzentrierten Kraftfelder nicht mehr so eindeutig liegen wie noch vor wenigen Jahren, dass Ueberschneidungen und Gegenströmungen das Bild verwirren und dass damit auch die Bewertung des weltpolitischen Geschehens bedeutend komplexer geworden ist.

Die beiden Grossen spielen zwar im Weltgeschehen durch ihre Nuklearmacht, ihre Wirtschafts- und Finanzkraft weiter die Hauptrolle. Ihr Einfluss ist aber nicht mehr exklusiv. Vor allem beginnt auch China, obwohl es erst virtuell eine Grossmacht ist, im internationalen System seine Stimme zu erheben und eine gefährliche

- 4 -

revolutionäre Stosskraft, namentlich in der "dritten Welt" zu entwickeln. Die wirtschaftliche Erstarkung Westeuropas und Japans, welche damit zunehmend auch politische Aspirationen verbinden, die Stimmkraft der jungen Entwicklungsstaaten, die heute in der UNO gesamthaft über eine Zweidrittelsmehrheit verfügen, sind weitere Elemente dieser selben Tendenz. Sie finden zusätzliche Nahrung in der Verstrickung Amerikas in seine inneren Schwierigkeiten (Rassenfrage) und seine äusseren Probleme (Vietnamkonflikt), ebenso sehr aber auch in der andauernden Unrast innerhalb des sowjetischen Satellitenreichs. Wir stehen vor einer wachsenden weltweiten Desintegration.

* * *

Dieser Exkurs in grosse weltpolitische Zusammenhänge mag vielleicht über das Thema, das mir gestellt wurde, hinausgeführt haben. Als Hintergrund zu den weiteren Darlegungen erschien er mir aber geboten. Doch nun zu unserer eigenen Situation.

Zunächst ein Wort zur Neutralität. Die Wandlung der internationalen Lage hat zweifellos ein Zurückbesinnen auf diese Maxime unseres aussenpolitischen Verhaltens bewirkt. Ursprünglich aus der Notwendigkeit herausgewachsen, die heterogenen Glieder der alten Eidgenossenschaft zusammenzuhalten, war die Neutralität durch Jahrhunderte hindurch ein wesentlicher Bestandteil des traditionellen europäischen Gleichgewichts geworden. Durch die Ueberwindung der Gegensätze nach dem Zweiten Weltkrieg schien sie zwar an inner-europäischer Bedeutung zu verlieren und wurde manchenorts bereits als Anachronismus oder, angesichts der Option zwischen "Freiheit" und "Unterdrückung", als Gesinnungslosigkeit abgeschrieben. Die Devise "Neutralität und Solidarität" verschaffte ihr jedoch erneuten Widerhall. Mit der Wandlung von bipolarem zu vermehrt polyzentrischem Weltbild erfährt sie, namentlich auch auf europäischer Ebene, eine weitere Wiederaufwertung. Für uns ist Neutralität nicht Selbstzweck, wird aber von der grossen Mehrheit unseres Volkes immer noch als beste Methode zur Erhaltung unserer staatlichen Unabhängigkeit anerkannt.

Es ist naheliegend, dass ein so aufwühlendes Ereignis wie der gewaltsame Eingriff der Sowjetmacht in der Tschechoslowakei die Diskussion um die Neutralität wieder aufbrechen liess; und zwar diesmal nicht so sehr vom Auslande her, als aus uns selbst. Das Spannungsverhältnis, die Eigenart unserer schweizerischen Neutralität liegt ja - wenn ich hier von ihrem bewaffneten Charakter für einmal absehe - besonders darin, dass wir zwischen der Neutralität des Staates und der Gesinnungsfreiheit des einzelnen Bürgers unterscheiden. Die Neutralität des Staates führt dazu, dass sich dieser von der Parteinahme in internationalen Konflikten fernhält, die wirtschaftliche Bevorzugung einer einzelnen Streitpartei vermeidet, auch in Friedenszeiten eine Neutralitätspolitik betreibt und dementsprechend in seinen diplomatischen Beziehungen, ungeachtet unserer Sympathien oder Antipathien, möglichst Universalität zu wahren sucht. Ihrer internationalen Mission getreu, befähigt dies übrigens die Schweiz immer wieder, zwischen Konfliktparteien "gute Dienste" zu leisten.

Hievon zu unterscheiden ist die Gesinnungsfreiheit des Einzelnen. Sie wird von der Neutralität des Staates nicht erfasst. Der Einzelne bleibt vielmehr in seiner Gesinnung und in deren Aeusserung frei. Der Schweizer pflegt übrigens davon sehr grosszügigen Gebrauch zu machen. Das ist gut so, und dabei soll es auch bleiben.

Die Neutralität der Schweiz, auch jene des Staates, bedeutet aber keineswegs Indifferenz. Das ist gerade anlässlich der Ereignisse in der Tschechoslowakei, auf die man fast zwangsläufig immer wieder zurückkommt, wenn man heute von unserem Verhältnis zum Osten spricht, besonders klar geworden. Denn es kann der Schweiz, auch der schweizerischen Regierung nicht gleichgültig sein, ob die Souveränität einer kleinen Nation, wie auch wir eine sind, und das Recht als Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen respektiert oder missachtet wird. Der Bundesrat hat dies, bei aller Beachtung unserer staatlichen Neutralität, in klaren, unmissverständlichen Worten zur Sprache gebracht.

- 6 -

Was bedeutet dies nun aber hinsichtlich unseres künftigen Verhaltens gegenüber dem Sowjetimperium samt seinen Satelliten? Diese Frage wurde vergangenen Herbst dringend und leidenschaftlich gestellt. Wie sieht es heute, aus einer gewissen Rückschau, damit aus?

Es scheint mir - ohne die tschechoslowakische Krise im einzelnen analysieren zu wollen - dass eines auch heute noch weiterwirkt: die Ereignisse vom letzten Herbst waren nicht nur Episode; sie bedeuteten vielmehr eine materielle, vor allem aber auch eine ideelle Zäsur. Hoffnungen, die man in Europa auf eine Evolution, ein Fortschreiten der Annäherung zwischen Ost und West, den Ausgleich zwischen den gegensätzlichen Grundstrukturen der freien Welt und des kommunistischen Machtbereiches hegen konnte, sind einer starken Ernüchterung gewichen. Sie haben einen Rückschlag, einen wesentlichen Substanzverlust erlitten.

Indessen: wie lange wird die Erschütterung nachwirken? Hier ist, wenn man den Realitäten ins Auge schaut, vor Illusionen zu warnen. Heute, rund ein halbes Jahr nach dem sowjetischen Einmarsch, ist die Weltpolitik schon weitgehend zur Tagesordnung übergegangen. Die beiden Grossen, Moskau und Washington, anerkennen offenbar - über alle verbalen Manifestationen hinweg - gegenseitig stillschweigend die Existenz gewisser Einflusssphären. Was seitens eines jeden der beiden innerhalb seiner Sphäre geschieht, mag zwar vom andern kritisiert, propagandistisch ausgeschlachtet, vor die UNO geschleppt werden: ein casus belli ist es aber gewiss nicht. Unheilvoll werden die Dinge erst dort, wo in die Sphäre des andern übergegriffen wird, wie seinerzeit in der Kubakrise, als Chruschtschew deutlich zurückgebunden wurde. Gefährlich sind sie auch dort, wo die Scheidelinie noch umstritten ist (Vietnam, Mittelosten). Wo aber, wie im Falle der Tschechoslowakei, von einem der beiden Grossen innerhalb seines anerkannten Bereiches gehandelt wird, respektiert der andere letzten Endes trotz allem die gesetzte Grenze. Das amerikanische Echo auf den sowjetischen Einmarsch war

denn auch auffallend gemässigt, beinahe schwächlich und wurde erst lautstärker, als die Gefahr einer Explosion schon gebannt war. Gezeigt hat sich auch, dass die USA in ihrer Zerrissenheit vom vergangenen Herbst, sogar wenn sie es gewollt hätten, gar nicht in der Lage gewesen wären, auf die Geschehnisse in Europa wirklich wirksamen zu reagieren. Westeuropa seinerseits war ohne Amerika zu eigenständigem Handeln noch viel weniger in der Lage. Die NATO erwies sich als stumpfe Waffe. Aber auch die Europäische Gemeinschaft blieb ohne Reaktion. Damit trat schlagartig zutage, wie weit sie von der Möglichkeit einer einheitlichen politischen Willensbildung noch entfernt ist. Die Annahme, dass die wirtschaftliche Integration zur politischen Einigung führen müsse, hat sich als unzutreffend erwiesen. Sie kennen übrigens die europäischen Staaten, die inzwischen eifrig bestrebt sind, das kurze Aufflammen der Empörung vom vergangenen Herbst aus dem Bewusstsein zu verdrängen. Ein gewisser, wenn auch wenig ermutigender Trost mag für Europa darin liegen, dass auch die UNO einer solchen Krise von weltpolitischer Tragweite nicht gewachsen war.

Diese rasch gezeichneten Erkenntnisse sind weder erschöpfend noch vollständig. Das beschauliche, selbstzufriedene Bild, dem man sich vor Jahresfrist hinzugeben geneigt war, hat aber doch einige entscheidende Risse und tiefere Schatten erhalten. Sie führen zur Frage zurück, welche Konsequenzen sich daraus für die Schweiz ergeben können.

Auch hier sind nur flüchtige Hinweise möglich. Eine gewisse Selbstbesinnung hat schon Platz gegriffen. Unsere Güter Freiheit und Demokratie, Föderalismus, aber auch Wohlstand, Ordnung und Verteidigungswillen, die manche als verstaubte Reliquien abzutun geneigt waren, haben wieder an Bedeutung gewonnen, auch wenn wir ihnen nicht einfach kritiklos gegenüberstehen wollen. Angesichts der Gefahren sind, ungeachtet des Wirkens zentrifugaler Kräfte, Reflexe des Zusammenhalts zutage getreten, aus denen die Lebenskraft der Nation spricht. Vom Zurückbesinnen auf unsere immerwährende Neutralität,

innerhalb welcher auch der Wert unserer Wehrkraft neu sichtbar wurde, war schon die Rede. Auch andere Punkte wären zu erwähnen. Hier aber interessiert vor allem die Frage unseres künftigen Verhaltens gegenüber dem Osten.

Mit andern Worten: sollen wir in den "kalten Krieg" zurückfallen oder nicht? Ist die Situation nach Prag nicht jener verwandt, die 1956, nach Budapest, den "kalten" Krieg, der bei uns hohe Wellen schlug, erst richtig "heisslaufen" liess? Dies mag sein. Trotz ähnlicher Ausgangslage ist aber heute, meines Erachtens zu Recht, die Ueberzeugung weit verbreitet, dass wir diesen Weg nicht mehr einschlagen sollten.

Ich denke dabei weniger an opportunistische Erwägungen, z.B., dass wir in einer westlichen Umgebung, die oft Entspannung fast um jeden Preis sucht, plötzlich isoliert dastehen könnten. Denn auch der echte Wunsch nach wirklicher Entspannung sollte nicht zu geistiger und moralischer Kapitulation führen; sogar wenn La Rochefoucaulds Wort "c'est une grande folie de vouloir être sage tout seul", das André Siegfried seinem Buch über die Schweiz voranstellte, heute noch viel Wahres an sich hat. Ich denke vielmehr daran, dass die Zusammenführung der europäischen Völker im Interesse des ganzen Kontinents weiterhin der Gegenstand weitblickender europäischer Politik zu bleiben hat, auch wenn der Weg dahin nun wieder länger und steiniger geworden ist.

Indessen hat sich trotz aller Rückschläge doch ermutigend gezeigt, wie gross und wie stark der Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang jener europäischen Völker geblieben ist, die sich nicht frei aussprechen können. Es ist deshalb heute nicht mehr so leicht, ein solches Streben, es sei denn durch Einsatz direkter Machtmittel, niederzuhalten. Dies lässt die Hoffnung zu, dass allmählich doch eine Wende denkbar ist. Wir müssen nur Sorge tragen, dass nicht unversehens bei uns in Westeuropa selbst eine gegenläufige Bewegung der Resignation, wenn nicht gar der Illusion, diesen Gang der Dinge paralyisiert.

Aus der Rückschau stellt sich die berechtigte Frage, ob unsere Furcht aus der Periode des "kalten Krieges", dem Bazillus der kommunistischen Weltanschauung zu erliegen, das oft gehörte Argument, wir seien der Diabolik marxistischer Dialektik und dem Geschick geschulter Propagandisten nicht gewachsen, weshalb wir uns abkapseln müssten, nicht dem Eingeständnis eigener Schwäche, mangelnder Zuversicht in die eigene Leitidee gleichkam. Die Entwicklung hat gezeigt, dass wir uns unterschätzten. Die Gegenseite hat sich, trotz ihrer demonstrativen Sicherheit, gegenüber dem Geiste der Freiheit anfälliger gezeigt als wir selbst gegenüber ihrer Philosophie des Zwanges. Wir müssen eben nur für unsern freiheitlichen Geist einen ebenso tiefen, ja einen tieferen Glauben einsetzen als die Gegenseite für ihre materialistische Weltanschauung. Wir müssen den Mut, aber auch die Intelligenz aufbringen, sinnvoll, zukunftsweisend das Ethische, ich möchte sagen, das Moralische im Schiller'schen Sinn wieder in den Vordergrund zu stellen. Wir sollten deshalb an unserer Ueberzeugung aus innerer Einsicht festhalten und sie vertreten, ohne der Kurzschlussbehandlung eines Abbaus der geistigen, wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen Kontakte oder gar eines Abbruchs der formellen diplomatischen Beziehungen zu bedürfen. Im Gegenteil: wir wollen das Fenster offen halten, durch unser - verpflichtendes - Beispiel wirken und damit auch den Völkern im Osten vor allem die geistige Hilfe bringen, die immer Zahlreichere unter ihnen von uns erhoffen. Gerade die Besten sind uns dankbar dafür. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

* * *

Es mag nach diesem gedanklichen Höhenflug vermessen erscheinen, zum Abschluss Ihre Aufmerksamkeit noch auf etwas so Konkretes und Materialistisches zu lenken wie unsern Handelsverkehr mit den Oststaaten. Beweist nicht gerade der Umstand, dass wir mit dem Osten Handel treiben, ihm die Erzeugnisse unserer Industrie liefern, bei ihm kaufen, damit Geld verdienen, dass uns, wenn es um den Profit geht, der Sinn für das Höhere schwindet? Sie kennen diese Töne; man hört sie, auch bei uns, nicht selten. Es mag ein Kern Wahrheit, mitunter auch mehr darin stecken.

Indes muss man die Dinge auch wieder sehen, wie sie sind. Schliesslich ist die Schweiz ein Land, für dessen wirtschaftliche Existenz der Aussenhandel aus naturgegebenen Gründen im wahrsten Sinne des Wortes vital ist. Doch gilt diese Betrachtungsweise nicht nur merkantilistisch (wobei ich den Ausdruck keineswegs bloss abschätzig verstanden wissen möchte). Darüber hinaus hat gerade unsere schon frühzeitig einsetzende intensive Verquickung mit dem Welt-handel, die für ein Binnenland ohne Rohstoffe und Naturschätze nur durch persönliche Initiative, Individualismus, Wagemut und Liberalismus zu erreichen war, schon bald zu einer gewissen Weltläufigkeit und Weltoffenheit geführt, die aus ihrem eigenen Werte heraus weiterwirken kann. Sogar im Verkehr mit dem Osten könnte dies, auch wenn wir uns selbst nicht überschätzen wollen, eine Ausstrahlung zeitigen.

Fassbarer scheint mir eine andere, nüchternere Ueberlegung. In den grimmigsten Zeiten des kalten Krieges mochte es einen gewissen Sinn haben, dem Osten den Zugang zu dem, was strategisches Material genannt wurde, zu verwehren, obwohl sich gerade die Schweiz aus Gründen der Neutralitätspolitik in dieser Hinsicht eine gewisse Autonomie wahren musste. Heute stehen aber dem Osten praktisch alle Türen offen. Die westlichen Mächte bemühen und überbieten sich, dem Osten ihre Erzeugnisse zu offerieren. Ein Abseitsstehen der Schweiz aus ideellen Gründen wäre deshalb unter den gegenwärtigen Umständen völlig wirkungslos. Der Osten könnte sich, was wir zu offerieren haben, nicht nur mühelos anderswo beschaffen; wir würden selbst auf den östlichen Märkten, auf denen wir ohnehin bereits einen Rückstand aufweisen, unsere potentiellen Chancen für die Zukunft von vorneherein zugunsten unserer westlichen Konkurrenten einbüssen. Schon unser wirtschaftliches Interesse spricht also dafür, jenen beträchtlichen Teil unserer Erdkugel, der politisch dem Osten zugehört, nicht zu vernachlässigen. Auch die stagnierende integrationspolitische Situation in Westeuropa macht es für uns zur Notwendigkeit, die äusseren Märkte zu pflegen.

Der Handelverkehr bringt auch menschlichen Kontakt. Er ist heute oft sogar einer der wenigen Wege, die ihn ermöglichen. Was der

Kontakt dem Menschen im Osten an Zuversicht bieten kann, habe ich schon angedeutet. Hinzu kommt eine weitere Dimension. Der modernen Industriegesellschaft wohnt eine Dynamik inne, die auf die Dauer ein Regime des Zwanges, das Joch überholter Doktrinen, welche den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen, nicht ertragen kann. Nun entwickeln sich aber auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten unvermeidlich immer rascher zu modernen Industriegesellschaften. Durch den wirtschaftlichen Kontakt mit dem Westen, dem sich der Osten in manchem Bereiche angleichen muss, wenn seine Leistungsfähigkeit Schritt halten soll, wird die Entwicklung beschleunigt. Der Handelsaustausch spielt in diesem Prozess eine bedeutsame Rolle. Es entstehen neue Bedingungen, die auf längere Sicht wohl auch eine gewandelte Beziehung und eine intensivere Verquickung bewirken können.

Mit diesen Hinweisen möchte ich keineswegs etwa einer Apologie des Osthandels das Wort reden. Denn ich glaube, dass er dessen nicht mehr bedarf. Auf der andern Seite dürfen die Erwartungen, die man an den Osthandel knüpft, auch nicht übertrieben werden. Einem raschen Fortgang stehen viele Hindernisse entgegen. Die Wirtschaft ist in der östlichen Welt nach wie vor etwas anderes als in der westlichen. Eine formale Annäherung ist zwar im Gang. Der Osten sah sich genötigt, seine Industrie zu modernisieren, zu rationalisieren, zaghaft gewisse Wettbewerbselemente einzuführen und die individuellen Konsumbedürfnisse im Rahmen seiner Planwirtschaft stärker zu berücksichtigen. Man erkannte auch, dass eine intensivere Aussenhandelsverflechtung mit den westlichen Industriestaaten anstelle einer rein östlichen Autarkie den technischen Fortschritt fördern und das gesamtwirtschaftliche Wachstum beschleunigen könnte. Die freie Marktwirtschaft ihrerseits hat seit der Weltwirtschaftskrise einsehen gelernt, dass das Prinzip des Wettbewerbs als Organisationsmittel von Massengesellschaften nur funktionsfähig ist, wenn eine klare Rahmenordnung die freie Konkurrenz sicherstellt und eine geeignete Sozialpolitik die Einkommensverteilung angemessen ausgleicht.

In allen grundsätzlichen Fragen hingegen bleiben die wesentlichen Systemunterschiede bestehen. Damit ist der Spielraum für die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung weiterhin recht eng. Einer Ausdehnung der West-Ost-Beziehungen sind neben allen politischen und ideologischen Behinderungen in der Sache selbst Grenzen gesetzt.

Schon die Motive der Produktion und der wirtschaftlichen Tätigkeit sind verschieden. Für den Westen steht das Streben des Einzelnen, handle es sich um ein Individuum oder ein Unternehmen, nach ökonomischer Selbstbehauptung im Vordergrund. Eine gewisse, seit Jahrzehnten wachsende Solidarität und zwischenmenschliche Rücksichtnahme haben das Bild zwar gemildert. Im Prinzip ist aber der Einzelne im stählenden Wettbewerb auf seine eigenen Qualitäten gestellt.

Völlig anders ist die Lage im Osten. Auch wenn dort eine Dezentralisation Platz greifen sollte, bleiben die Fundamente unverändert. Die einzelnen Unternehmen sind in eine Gesamtkonzeption der wirtschaftlichen Entwicklung eingespannt. Ihr Daseinszweck und zentrales Motiv bleibt Dienst an der anonymen, staatlichen Kollektivität, die dem Individuum vorgeht.

Daraus folgt, dass man auch an den Aussenhandel mit gänzlich verschiedenen Voraussetzungen herantritt. Für den westlichen Geschäftsmann geht es beim Osthandel in erster Linie um eine private Operation. Anders für den Ostpartner: für ihn gehört der Westhandel, wie aller Binnen- und Aussenhandel, zur zentralen Planung. Dazu kommt, dass der Aussenhandel im kommunistischen Osten grundsätzlich sekundäre Bedeutung aufweist. Er ist irgendwie Ausdruck eines momentanen Mangels, und man sollte ihn möglichst rasch durch Eigenproduktion, zumindest innerhalb des kommunistischen Wirtschaftsraumes, überflüssig machen. In letzter Zeit ist freilich ein gewisser Wandel sowie eine langsam zunehmende Einsicht in das wirtschaftliche Prinzip der internationalen Arbeitsteilung, und zwar über den Kreis des kommunistischen Binnenhandels hinaus, bemerkbar. Es bleibt aber doch symptomatisch, dass die Sowjetunion, einer der Giganten unserer Welt,

1967 zwar einen gesamten Aussenhandel nach beiden Richtungen (also Importe und Exporte zusammen) im Umfang von rund 18 Milliarden US Dollar aufwies, woran aber die nicht-kommunistischen Staaten (also die westlichen und die Entwicklungsländer) nur mit 5,8 Milliarden Dollar partizipierten. Das Aussenhandelsvolumen der bevölkerungsmässig 40mal kleineren Schweiz betrug demgegenüber im gleichen Jahr insgesamt rund 7,7 Milliarden Dollar. Im internationalen Vergleich ist die sojetische Aussenhandelsintensität somit noch gering. Um einen andern Vergleich heranzuziehen, betrug der sowjetische Aussenhandelsumsatz je Einwohner 1966 rund 70 Dollar, während die gleiche Verhältniszahl beispielsweise für die Schweiz 1'170 Dollar und für die Bundesrepublik 640 Dollar ausmachte.

Aus der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der Wirtschaftssysteme in Ost und West fliessen auch zahlreiche praktische Schwierigkeiten. Zu nennen sind namentlich der schwerfällige sowjetische Einkaufsapparat, das dem europäischen Markt oft kaum gerecht werdende östliche Güterangebot und so manches andere, womit sich der kommerzielle Praktiker zu plagen hat.

Wie hat sich, angesichts dieser Hemmnisse, der schweizerische Osthandel entwickelt? Gestatten Sie mir nur einige ganz summarische Hinweise. Auf seinen tiefsten Stand fiel er 1962/63, als die osteuropäischen Staaten nur noch mit 1,9 % am schweizerischen Gesamtimport und mit 2,6 % am Export beteiligt waren. In den letzten Jahren ist dieser Rückgang wieder aufgefangen worden, ohne freilich das weit höhere Niveau vor dem Zweiten Weltkrieg zu erreichen, nicht zu sprechen von der Periode vor dem Ersten Weltkrieg, als Russland allein beispielsweise 10 % unserer gesamten Uhrenaufuhr abnahm.

Immerhin hat sich der prozentuale Anteil des schweizerischen Exports nach den Oststaaten, d.h. nach der Sowjetunion und ihren europäischen Satelliten, in den letzten Jahren überdurchschnittlich entwickelt. Der Ausfuhrwert stieg 1968 auf den bisher höchsten Stand von 607 Mio Fr, was 3,5 % der schweizerischen Gesamtexporte entspricht.

Zählt man die Ausfuhr nach Jugoslawien, das einen Sonderfall darstellt, aber auch nach China und den andern ostasiatischen kommunistischen Ländern hinzu, so ergibt sich ein Total von 872 Mio Fr und ein entsprechender Anteil von 5 % unserer Gesamtexporte nach der ganzen Welt.

Der Import aus den europäischen kommunistischen Staatshandelsländern ist niedriger. Vergangenes Jahr erreichte er den Wert von 388 Mio Fr. Dies sind 2 % des schweizerischen Gesamtimports. Berücksichtigt man ausserdem wiederum Jugoslawien, China und die andern kommunistischen Staaten Asiens, so gelangt man auf rund 518 Mio Fr oder einen Anteil von 2,7 % unserer Totalimporte.

In diesen steigenden Handelswerten, die aber am Ganzen gemessen weiterhin recht gering sind, findet allmählich doch eine vermehrt national gefärbte Auflockerung der kommunistischen Gesamtplanung, namentlich seitens der europäischen Satelliten, ihren Widerhall. Die Wirtschaftspolitik dieser Länder beginnt sich aus ihrer Erstarrung zu lösen und gerät langsam in Bewegung. Auf der Exportseite steht bezeichnenderweise Jugoslawien, das sich auf dem Wege der politischen Emanzipation und der wirtschaftlichen Liberalisierung am weitesten vorgewagt hat, mit 180 Mio Fr als Kunde der Schweiz an der Spitze. Die UdSSR und die Tschechoslowakei halten sich mit 116 bzw. 111 Mio die Waage, gefolgt von Rumänien mit fast 100 Mio. Wenn man von der Sowjetunion absieht, deren Käufe im Verhältnis zu ihrer Dimension kaum sehr eindrucklich erscheinen, so drängen sich neben Jugoslawien bezeichnenderweise, mit der Tschechoslowakei und Rumänien, die beiden am stärksten nach Bewegungsfreiheit strebenden Satellitenstaaten in den Vordergrund.

Ein ähnliches Phänomen zeigt sich auf der Importseite, wo die Tschechoslowakei mit 123 Mio mehr als den doppelten Wert der sowjetischen Verkäufe nach der Schweiz aufweist. Die Tschechoslowakei ist übrigens der einzige osteuropäische Staat, der im Handel mit der Schweiz einen Aktivsaldo verzeichnet. Mit allen andern Ländern ist das Verhältnis umgekehrt.

Es ist anzunehmen, dass das Volumen des Osthandels weiter anwachsen wird. Solange freilich in den Oststaaten generell ein unbewegliches System unserer freiheitlichen Konzeption gegenübersteht, bleiben der Ausweitung recht enge Grenzen gesetzt. Mit allzu grossen Verschiebungen ist daher nicht zu rechnen. Immerhin entspricht der Osthandel, auch realistisch betrachtet, noch nicht den vorhandenen Möglichkeiten. Jede Steigerung sollte aber gleichzeitig schweizerischerseits mit dem Bestreben parallel gehen, unsere eigenen Interessen gegenüber diesen Staaten angemessen zu verteidigen.

* * *

Mit diesem wirtschaftlichen Exkurs lassen Sie mich schliessen. Es war nicht mein Ziel, Ihnen eine systematische Gesamtdarstellung zu geben. Vielmehr wollte ich nur gewisse Gedanken und Fakten vortragen, Fragen eher beleuchten als sie endgültig beantworten. Umso reger soll sich nun, so hoffe ich, die Diskussion entfalten.